Vom Winde verwöhnt

Energie Der Hauruck-Ausbau der Windkraft nutzt Landbesitzern und Ökostromerzeugern, aber nicht der Energiewende.
Wohin mit dem vielen Strom, wenn es keine Leitungen gibt?

Windradwartung in Brandenburg
Phantomstrom und Trudelbetrieb

Wenn im Norden der Wind auffrischt und salzige Seeluft übers platte Land nach Wanderup bläst, spielt sich im örtlichen Windpark Seltsames ab. Die Rotorblätter, die eben noch fröhlich durch die Luft wirbelten, verlieren plötzlich ihren Schwung. Wie von Geisterhand gebremst, hören alle Turbinen auf, Strom zu erzeugen. Nur das Zittern der Rotorspitzen in 140 Meter Höhe verrät, welche Naturgewalten auf die Anlagen einwirken.

Die Windkraft aus Wanderup ist dann, mal wieder, der deutschen Energiepolitik zum Opfer gefallen. Theoretisch könnten an besonders windigen und sonnigen Tagen große Teile des deutschen Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Doch in der Praxis müssen die Rotoren jetzt immer häufiger abgeregelt und im sogenannten Trudelbetrieb gefahren werden, weil niemand weiß, wohin mit der Energie – ein Irrsinn, der noch dadurch gesteigert wird, dass die abgeregelten Anlagen selbst Strom aus dem Netz ziehen, damit ihre Kühlung und die Elektronik nicht ausfallen.

Mehr als drei Terawattstunden gingen voriges Jahr durch solche Zwangsabschaltungen verloren – das entspricht rechnerisch ungefähr dem Strombedarf aller Hamburger Haushalte.

Den Besitzern der Windkraftanlagen kann es egal sein. Ob ihr Strom gebraucht wird oder nicht, spielt für ihre Rendite keine große Rolle. Sie haben von Gesetzes wegen Anspruch auf Ausfallhonorar, sobald die Rotoren wegen überlasteter Netze in den Leerlauf gehen.

Die Bürger hingegen zahlen drauf. Bereits 2015 wurden den Verbrauchern rund 250 Millionen Euro für Strom in Rechnung gestellt, den sie nie bekommen haben. Demnächst könnten die Zusatzkosten für Netzengpässe nach Schätzung der Bundesnetzagentur sogar auf bis zu vier Milliarden Euro jährlich steigen. „Wir haben die Situation, dass wir Windstrom aus dem Norden nicht dorthin leiten können, wo der Strom auch wirklich gebraucht wird", räumte Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einigen Tagen bei einer Konferenz der Energiebranche in Berlin ein. Da nickte das fachkundige Publikum.

Auf einen vielversprechenden Lösungsvorschlag der Kanzlerin warteten die Zuhörer vergebens. Stattdessen will der Bundestag in der kommenden Woche ein Gesetz beschließen, das die von Merkel beschriebenen Probleme nicht löst, sondern regional sogar verschärft. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) treibt die Regierung den Ausbau der Windenergie mit weiteren Milliardensubventionen voran. Der Ausbau der Leitungen hingegen dürfte sich immer weiter in die Zukunft verschieben. Dabei stößt das Netz längst an Belastungsgrenzen, wie sich bei zahlreichen kleineren Störfällen zeigt (siehe Grafik Seite 30). Der Berliner Energiewissenschaftler Georg Erdmann, Mitglied der von Merkel eingesetzten Monitoring-Gruppe für die Energiewende, spricht von „fehlgeleiteter staatlicher Lenkung". Er warnt davor, die Energiewende durch falsche Anreize und Subventionen zu gefährden.

Bislang konnte die Regierung darauf setzen, dass die Deutschen den Umbau des deutschen Stromsystems nahezu vorbehaltlos unterstützen. Laut Umfragen findet es die Mehrheit grundsätzlich richtig, so schnell wie möglich aus der Atomkraft auszusteigen. Die Bürger waren bislang auch bereit, für Ökostrom einen Aufschlag zu bezahlen. Etwa 23 Milliarden Euro werden sie in diesem Jahr für die Subventionierung von erneuerbaren Energien aufbringen – mehr, als der Staat insgesamt an Arbeitslosengeld II an alle Hartz-IV-Empfänger ausbezahlt. Zum Streit aber ist es darüber nie gekommen. Im Großen und Ganzen hielten die Deutschen das Geld für gut angelegt.

Doch die Stimmung kippt – und es ist vor allem der Hauruck-Ausbau der Windkraft, der die Bürger umtreibt. In Schleswig-Holstein sind nur noch knapp die Hälfte der Wähler mit dem Bau weiterer Windräder einverstanden, so ergab eine Umfrage der „Kieler Nachrichten" und der „Lübecker Nachrichten", fast ebenso viele lehnen das ab. Bundesweit haben sich einige Hundert Initiativen gegründet, um Windkraftanlagen zu stoppen.

Mal zielt der Protest auf die Rodung von Waldgebieten. Mal sollen Zugvögel vor dem Schredder, mal das Panorama vor der Verschandelung bewahrt werden. Vielen Protestlern geht es darum, allzu lautes Rotorengebrumm sowie Schlagschatten aus ihrer Nachbarschaft fernzuhalten, was nur jene kleinlich finden, die noch niemals eine Nacht in der Nähe eines 150-Meter-Rotors verbringen mussten.

Zunächst sah es bei den Beratungen für eine EEG-Reform so aus, als nähme die Politik die Sorgen der Windkraftgegner ernst. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) verkündete, die erneuerbaren Energien seien lange genug mit Fördergeldern überhäuft worden.

Doch nach monatelangen Protesten der Windkraftlobby ist vom Plan für eine effizientere Energiepolitik nicht mehr allzu viel übrig geblieben. Durchgesetzt hat sich, wieder einmal, die Ökostrombranche. In düsteren Farben hatte sie den Untergang an die Wand gemalt. Sie veranstaltete Großkundgebungen gegen Subventionskürzungen und das angeblich geplante „Ausbremsen" der Windkraft. Bei einem Aktionstag „Energiewende retten! EEG verteidigen!" brachte die Lobby einige Tausend Demonstranten auf die Straße, darunter Politiker von SPD und Grünen.

Die Horrorszenarien der Lobbyisten stehen im Kontrast zur Geschäftslage der hiesigen Windbranche. Aloys Wobben, Gründer des ostfriesischen Windturbinenherstellers Enercon, hat es zum Milliardär gebracht. Susanne Klatten, die reichste Frau Deutschlands, hat den Großteil ihrer Beteiligung am Hamburger Windanlagenbauer Nordex kürzlich mit Gewinn verkauft.

Noch sind die Stromkunden bereit, für den Umstieg auf ein klimafreundliches Energiesystem milliardenschwere Zusatzkosten in Kauf zu nehmen. Doch das kann sich ändern, wenn die Bürger merken, dass ihr Geld eine gigantische Umverteilungsmaschine in Schwung hält, die den Interessen von Investoren, Großgrundbesitzern, Kommunalpolitikern und Landesfürsten dient.

Wer in diesen Tagen mit den Begünstigten spricht, hört wenig von Krise. Im Gegenteil: Der vom Winde verwöhnten Branche geht es gerade besser als je zuvor.

Der Windkraftlobby ist das Kunststück gelungen, sich als Opfer einer Reform darzustellen, die sie in Wahrheit verschont.

Früher war Philipp Gottfried Alexander Fürst zu Hohenlohe-Langenburg gegen Windkraftanlagen. Schon aus ästhetischen Gründen. Grauenvoll, diese „Verspargelung der Landschaften".

Doch nach dem Tod seines Vaters fiel dem Fürsten das alte Familienschloss der Hohenlohe-Langenburgs zu, eine mächtige Feste über dem Jagststal im Norden Baden-Württembergs mit Glockenturm, Privatkirche und einem gewaltigen Instandhaltungsbedarf. Seither hat der Fürst seine Meinung zum Thema Windkraft grundlegend geändert.

Mitten im Brüchlinger Wald will Hohenlohe-Langenburg eine Fläche von 300 Hektar für die Errichtung eines Windparks zur Verfügung stellen. Als Investor steht der staatliche Stromversorger EnBW bereit. Zu welchen Bedingungen der Fürst sein Land verpachtet, hält er geheim. Sein Gewinn dürfte allerdings kaum weniger als eine halbe Million Euro im Jahr betragen.

In vergleichbaren Fällen sieht die Kalkulation ungefähr so aus: Die nachhaltige Bewirtschaftung eines Hektars Wald bringt bis zu 200 Euro Ertrag im Jahr. Wird der Wald hingegen abgeholzt und durch Windräder ersetzt, spült die Pacht, je nach Lage, zwischen 20 000 und 70 000 Euro im Jahr in die Kasse. Die Gewinne des Landbesitzers haben sich dadurch mehr als verhundertfacht, ohne dass er auch nur das geringste Risiko eingegangen wäre. Da wird selbst ein Edelmann schwach.

Dass schnödes Geld seinen Sinneswandel bewirkt haben könnte, hört der Fürst,

ein Verwandter von Englands Prinz Charles, nicht gern. Er sieht sich eher als Ökohelden; er wolle der Energiewende dienen und sei stolz, dass künftig kein Atomkern und keine Kohle mehr angerührt werde, um Strom zu produzieren. Die Windkraftanlagen seien heutzutage auch viel effizienter als früher, deshalb, so Hohenlohe-Langenburg, „stehe ich der Windkraft positiv gegenüber".

Aus Sicht des Investors EnBW ist das Geschäftsmodell ebenfalls sehr verlockend. Für jede Kilowattstunde Strom kassiert ein Windradbetreiber einen auf 20 Jahre garantierten Preis, die sogenannte Einspeisevergütung. Wie viel Wind weht, lässt sich für jeden Standort recht genau bestimmen. Große Projektierer rechnen aktuell mit einer Durchschnittsrendite von vier bis sieben Prozent – ein ordentlicher Wert in einer Zeit, in der ein Großteil der Geldanleger mit Nullzinsen vorliebnehmen muss.

Das Risiko einer Fehlinvestition ist minimal. Die Höhe der Einspeisevergütung legt derzeit noch der Gesetzgeber fest. Im Durchschnitt sind es aktuell gut neun Cent pro Kilowattstunde. Das ist rund dreimal so viel, wie auf dem freien Markt derzeit für Strom bezahlt wird.

Künftig, so hat es die EU-Kommission bei der Bundesregierung durchgesetzt, müssen sich die Betreiber von Windkraftanlagen in einem Ausschreibungsverfahren bewerben. Den Zuschlag erhält dann, wer das günstigste Angebot vorlegt. Der Wettbewerb soll dazu führen, dass die Preise für Windkraft – zumindest bei den neuen Anlagen – irgendwann sinken. Das hofft Energiewendeminister Gabriel.

Die Idee ist nicht schlecht. Doch die Reformgegner haben sich erfolgreich gewehrt. Erst 2019 werden alle neuen Anlagen ausgeschrieben. Die besonders hoch subventionierte Windkrafterzeugung auf See ist davon aber noch bis 2021 ausgenommen. Ob es überhaupt zu sinkenden Preisen kommt, ist offen.

Vorerst geht der Ausbau bei der Windkraft in Rekordgeschwindigkeit weiter. In den ersten fünf Monaten boomte das Geschäft mit neuen Windrädern. Das Bundeswirtschaftsministerium beziffert das Plus auf 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

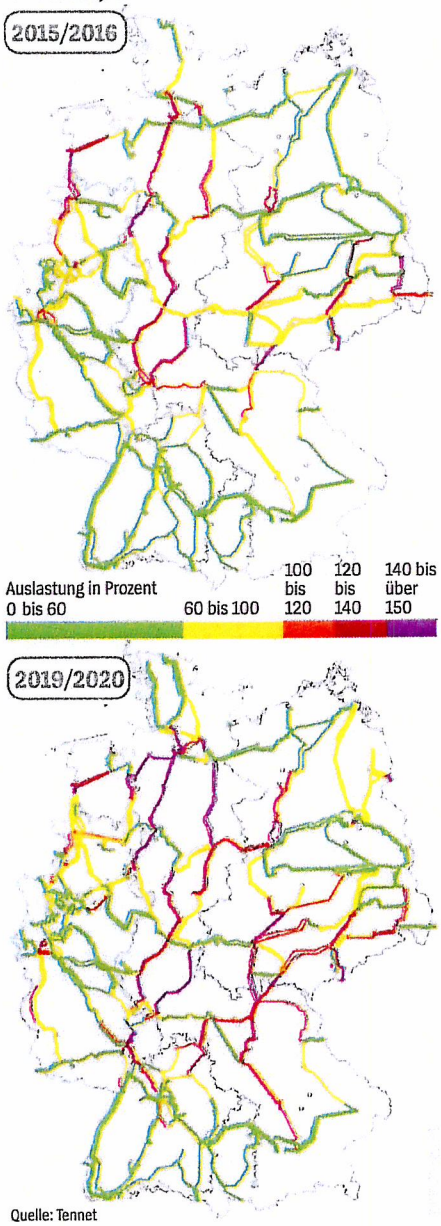
In Baden-Württemberg kommt hinzu, dass die grün-schwarze Landesregierung von Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann bei der Windkraft aufholen will. Bislang drehen sich im Südwesten vergleichsweise wenige Rotoren. Aus einem einfachen Grund: Es weht zu wenig Wind.

Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Wohl aber an den Förderbedingungen, mit denen die Politik die Investoren lockt. Die Landesregierung will, dass jedes Jahr 240 neue Windräder hinzukommen, etwa eines an jedem Werktag. Kretschmann stellt dafür sogar Teile des Staatswaldes zur Verfügung, die Naturschützer bislang für tabu hielten. Um den Standortnachteil gegenüber windreichen Regionen Norddeutschlands auszugleichen, sollen die Windradbesitzer in schlechten Lagen einen Preisaufschlag bekommen. Dafür sorgen „Korrekturfaktoren" und ein kompliziertes „Referenzertragsmodell", welches die Windkraftlobby mitentwickeln durfte, bevor es von der Bundesregierung ins Gesetz aufgenommen wurde.

Kein Wunder, dass sich die Windradbetreiber großzügig zeigen. Sie bauen ringsum breite Straßen, um die Zufahrt zur Anlage zu erleichtern. Womöglich wird bei der Gelegenheit gleich noch ein Glasfaserkabel für schnelles Internet verlegt, um die Dorfbewohner milde zu stimmen. Auch Fürst zu Hohenlohe-Langenburg will sich gegenüber dem Volk nicht lumpen lassen. Vor einer Debatte über das Windparkprojekt im Gemeinderat kündigte er an, „mindestens 20 000 Euro von den Erlösen" für soziale Belange in der Kommune zu stiften.

Kritische Spannung

Belastung des Netzes nach einem Störfall im Stromsystem



Quelle: Tennet

Das brandenburgische Siegadel, 90 Einwohner, auf halber Strecke zwischen Berlin und Cottbus gelegen, war mal ein friedlicher Ort. Die Nachbarn redeten miteinander, die Dorfgemeinschaft war intakt. Doch dann wurde ein Windpark gebaut, und seither herrschen Misstrauen und Streit.

Der Windpark hat die Bewohner in Gewinner und Verlierer geteilt. Manch Landwirt konnte sein Grundstück verpachten und kassiert jetzt hohe Einnahmen. Andere glauben, man habe sie über den Tisch gezogen. „Unter den Bauern herrscht Missgunst, weil manche von ihnen mehr Pacht für ihre Grundstücke bekommen als andere. Die Verträge wurden klammheimlich gemacht", sagt Dorfbewohner Michael Bock. Und es gibt viele im Ort, die überhaupt keine Einnahmen aus dem Windpark haben, aber auf Rotorblätter starren, sobald sie vor die Tür treten.

Der Zorn richtet sich gegen den ehrenamtlichen Bürgermeister Siegadels. Dieser besitzt Land, auf das Windräder gebaut werden sollten. Dennoch stimmte er über das Projekt zunächst mit ab. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelte wegen des Verdachts der Abgeordnetenbestechung, kam aber zu dem Schluss, der Bürgermeister habe „die Beschlüsse der Gemeindevertretung lediglich ausgeführt". Bei späteren Abstimmungen habe er sich außerdem enthalten.

Der Streit von Siegadel ist typisch für Dutzende Gemeinden in Deutschland, in denen sogenannte Bürgerwindparks errichtet wurden. Die Politik fördert diese Projekte. Anders als andere Investoren müssen Bürgerwindparks bei der Planung

kein Gutachten nach dem strengen Bundesimmissionsschutzgesetz vorlegen, so steht es im neuen EEG. Es verbessere die Akzeptanz von Windkraftanlagen vor Ort, wenn die Anwohner selbst einen finanziellen Nutzen hätten, so das Argument der Bundesregierung. Die Windkraftlobby spricht gar von einer „Demokratisierung der Energiewende".

Doch weil sich mit der Windkraft so hohe Gewinne erzielen lassen, steht nun ständig der Verdacht im Raum, die politisch Verantwortlichen vor Ort hätten sich kaufen lassen. Gerade die Bürgerwindparks sind anfällig für Vetternwirtschaft, Korruption und Amtsmissbrauch. Provinzpolitiker und lokale Verwaltungsgrößen können ihren Einfluss nutzen, um sich einen finanziellen Vorteil zu verschaffen. Und desto größer ist dann der Zorn der anderen Dorfbewohner, die sich betrogen fühlen.

Etwa im bayerischen Wülfershausen an der Saale. Hier sitzen die beiden CSU-Politiker Harald Schwarz und Martin Wirsing im Gemeinderat und beraten über den Bau von Windrädern, an denen sie praktischerweise verdienen. Schwarz ist Geschäftsführer der Firma RegioE2, die im Gemeinderat im Frühjahr 2014 den Zuschlag für einen Windpark mit insgesamt zwölf Anlagen bekam. Zwar stimmte er bei der entscheidenden Sitzung nicht mit. Doch dafür hob sein Parteifreund Wirsing die Hand. Er ist mit mehreren Zehntauend Euro an der Firma beteiligt.

Ein Schema, das sich durchs Land zieht. In Obbach in Unterfranken stimmte der Bürgermeister einem Windpark zu; bei einer regionalen Energiegenossenschaft sitzt er im Vorstand. Als Kritiker forderten, die Maximalhöhe der Windräder zu begrenzen, was zu geringerer Belästigung für die Nachbarn, aber auch zu einer Bauverzögerung geführt hätte, stellte er sich quer.

In Kassel sprach sich der Regierungspräsident Walter Lübcke für den Ausbau von Windkraftanlagen aus; es kam heraus: Er und seine Frau hatten Geld in einen Windpark im Kasseler Umland investiert.

Ein Fall von Korruption? Regierungspräsident Lübcke bestreitet das. Nicht er, sondern die Regionalversammlung entscheide über den Bau von Windparks. Indes: Für die Vorbereitung des Ausweises sogenannter Windvorrangflächen sind aber dann doch wieder Lübckes Leute im Regierungspräsidium zuständig.

In Hedwigenkoog an der Nordseeküste sind gleich sieben von neun Gemeinderatsmitgliedern direkt oder durch nahe Verwandte am dortigen Bürgerwindpark beteiligt. Abstimmungen, um weitere Flächen für die Windkraft auszuweisen, verlaufen im Gemeinderat meistens, man ahnt es: einstimmig.

Als die Windkraftbranche vor einigen Wochen in Niedersachsens Hauptstadt Hannover zu einer Kundgebung gegen mögliche Subventionskürzungen aufrief, ließ sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) nicht lange bitten. Mit den Worten „Sie sind hier zu Gast bei Freunden" schloss er sich den Demonstranten an. Niedersachsen ist Spitzenreiter bei der Windkraft und will es bleiben.

Die Landesregierung hat sich ambitionierte Ziele gesetzt. An Land sollen bis zum Jahr 2050 Rotoren mit einer Leistungskraft von insgesamt 20 Gigawatt an Windkraft installiert werden. Das entspricht etwa einem Dutzend Atomkraftwerken und wäre gut doppelt so viel, wie Niedersachsen in Spitzenzeiten selbst benötigt. Hinzu kommen Windparks vor der Küste, etwa die für 2019 geplante Offshore-Plattform BorWin3 nördlich der Insel Borkum. Niedersachsen möchte ein bedeutender Stromexporteur werden.

Doch während Ministerpräsident Weil den Ausbau von Windrädern in seinem Land vorantreibt, überlässt er den Ausbau der Stromnetze lieber anderen. Kein Wunder: Das eine bringt Geld, das andere kostet Popularität. Neue Stromtrassen sind bei den Wählern nicht beliebt. Und so hinkt Niedersachsen nach Angaben der Bundesnetzagentur dramatisch hinterher, wenngleich die Landesregierung mit eigenen Statistiken gegenhält.

Doch warum auch sollte sich Niedersachsen beim Netzausbau beeilen? Die Subventionen für die Windenergie fließen so oder so. Das Resultat ist eine Kirchturmpolitik, die typisch ist fürs Energiewende-Business. In Schleswig-Holstein staut sich der Strom, doch statt Leitungen zu legen, baut Baden-Württemberg eigene Windräder, und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer setzt noch Subventionen für überteuerte Biogasanlagen durch. So plant jedes Land seine eigene Energiewende – zulasten der Stromkunden, deren Gelder weniger dem Weltklima dienen als der regionalen Wirtschaftsförderung.

Nötig wäre eine Reform, die die Ökostromproduzenten zwänge, Verantwortung für das Gesamtsystem zu übernehmen. Der überschüssige Strom könnte genutzt werden, um Wasserstoff zu erzeugen oder die Batterien von Elektroautos aufzuladen. Müssten sich die Windkrafterzeuger selbst um die Vermarktung ihres Stroms kümmern, käme auch der Netzausbau zügiger voran.

Anstatt nun auch noch in windarmen Waldgebieten einen Subventionswettlauf in Gang zu setzen, sollte die Bundesregierung auf europaweite Ausschreibungen setzen, um die besten Standorte zu nutzen. Dazu würde auch gehören, dass sich Deutschland mit den Nachbarstaaten über den Ausbau grenzübergreifender Stromnetze verständigt. Grundsätzlich müsste gelten: Wer Ökostrom verkauft, sollte auch ein finanzielles Interesse daran haben, dass dieser zu den Verbrauchern gelangt.

So würde das Windkraftwachstum mit dem Netzausbau in Übereinstimmung gebracht, der preistreibende Hype um neue Rotorflächen gedrosselt und der Vetternwirtschaft in manchen Kommunen ein Riegel vorgeschoben. Es wäre eine Energiewende mit Augenmaß. Doch die Chancen dafür stehen schlecht; zu groß ist die Macht der Länderfürsten, die im Bundesrat darauf achten, dass der stete Fluss an Ökosubventionen nicht versiegt.

Wie im Fall des schleswig-holsteinischen Windparks BorWin3. Wenn die Nordseeplattform im Jahr 2019 den Betrieb aufnimmt, könnte es bis zum Jahr 2021 dauern, die dazu passende Höchstspannungsleitung zwischen Emden und Conneforde zu verlegen. Wer den nicht durchgeleiteten Phantomstrom bezahlen würde, steht schon fest: die Verbraucher.

Julia Klaus, Alexander Neubacher, Emily Senf, Gerald Traufetter